Donnerstag, 10. April 1924 · 72. Jahrgang Nr. 173

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr v. Fischen sehr reichl., da noch grosse Vorräte vorh., Preise b. flauem Geschäft unveränd. Kabeljau 0,30—0,45, Seelachs 0,20—0,35, Schellfisch 0,35 bis 0,70, Rotbars 0,40—0,50, Flundern 0,50—0,60, Dorsch 0,22 bis 0,30; lebend: Aale 4—4,50, Hechte 1,50—1,80; Margarine 0,50—0,80, Butter 1,65—2,10 das Pfund. bis 0,30, grüne Heringe 0,30 bis 0,35; in Eis: Hechte 0,80 bis 1,10, Zander 2,50—2,80, Bleie 0,55—0,60, Karpfen 0,60

Einheitsbrot	0,50	Strom: Licht und Kraft	0,42
Schrippe	0,025	Gas	cbm 0,19
Milch	0,20	Wasser	cbm 0,21
Umrechnungszt. f. Lebensm.	1 Bill.	Kurs der Goldmark	1 Bill.
Briketts	Ztr. 1,65	Steuerumrechnungszahl	1 Bill.
Koks	Ztr. 2,35	Der Reichsindex	1070 Milld.

Strassenbahn	0,15	Postk. Ort	0,03, Fern u. Oest. 0,06
Hochb. II. 0,15-0,20, III. 0,10-0,15		Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung.	0,15
Stadtbahn II. 0,25, III.	0,15	Brief Ort	0,05, Fern u. Oest. 0,10
Omnib Tellstr. 0,15, z. Str.	0,20	Ausl. 0,30, Tschech. u. Ung.	0,25
Telephon	0,15, Automat 0,15	Telegramme das Wort: Berlin	
Rohrpost-Karte	0,30, -Brief 0,40	Deutschland	15 Pf., 7½ Pf.

Die Aufnahme des Berichts

Eine „hervorragende Persönlichkeit" erklärt, Frankreich werde keinen einzigen Punkt des Berichts in Frage stellen

London, 10. April. (E. E.)

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" hatte Gelegenheit, am Quai d'Orsay eine hervorragende Persönlichkeit (Louchcur?) über ihre Stellung gegenüber dem Sachverständigenbericht zu befragen. Der Gewährsmann des Blattes erklärte, die französische Regierung habe nicht die Absicht, auch nur einen einzigen Punkt des Berichts in Frage zu stellen. Man erwarte, daß die Reparationskommission die alliierten Regierungen auffordern werde, die Berichte der Sachverständigen ohne eine Aenderung irgendwelcher Art anzunehmen und man hoffe, daß die Reparationskommission selbst die rasche Annahme des Bericht empfehlen werde.

Eine Unterredung mit Barthou

über die Haltung der Reparationskommission

Paris, 10. April. (E. E.)

Der Präsident der Reparationskommission, Barthou, empfing gestern den Vertreter des „Excelsior" und erklärte ihm, **die Reparationskommission sei nur ein Gerichtshof, der nur dann spreche, wenn er eine Entscheidung zu fällen habe.** Die Reparationskommission warte jetzt ab, was die deutsche Regierung zu tun gedenke. Sollte die deutsche Regierung zu lange mit ihrer Stellungnahme zu dem Bericht zögern und ihre Antwort verspätet bekanntgeben, so würde die Reparationskommission von sich aus mit der Prüfung der Berichte beginnen, ihre Entscheidung den interessierten Regierungen bekanntgeben und zur Tagesordnung übergehen.

Die Reparationskommission wird Freitag vormittag unter dem Vorsitz Barthous zunächst in einem vorläufig privaten Meinungsaustausch über den Sachverständigenbericht eintreten, und das Datum der ersten amtlichen Sitzung dafür festsetzen. **Als ziemlich sicher kann gelten, daß die deutsche Regierung aufgefordert wird, sich schriftlich oder durch Vertreter über den Bericht der Sachverständigen zu äußern.** Der „Matin" meint, daß man Deutschland dafür eine Frist stellen werde, um eine Verschleppung zu verweiden.

Ein Beschluß der französischen Kammer

Paris, 10. April. (W. T. B.)

Die Kammer hat am Schluß ihrer Sitzung eine Entschließung angenommen, die besagt, die Kammer erwarte, daß die Regierung durch ihre Delegierten bei der Reparationskommission darauf bestehen werde, alle von Deutschland geschuldeten Reparationen zu erhalten.

Kommentare der Pariser Presse

Paris, 10. April. (W. T. B.)

Die Berichte der Sachverständigen werden von den Blättern eingehend besprochen.

Im „Echo de Paris" heißt es, die Sachverständigen erklärten zu wiederholten Malen, daß das wohlverstandene Interesse der Deutschen die notwendige Triebkraft für die Durchführung ihres Planes liefern müsse. Die Mittel, zu denen sie gegriffen, um ein Versagen Deutschlands auszugleichen, erinnerten an einen Erlaß aus der Zeit des russisch-japanischen Krieges, der die Ueberschrift trug: „Ukas des Zaren. Die Japaner sind auf der ganzen Linie geschlagen. General Kuropatkin ist mit der Ausführung des Befehls beauftragt!"

„Petit Journal" schreibt, der Plan der Sachverständigen enthalte mehr als eine Unstimmigkeit. Er setze voraus, daß der deutsche Wohlstand sich steigere, und daß die Einnahmen des Reiches sich fortgesetzt entwickelten, er liefere aber keine Schätzung der Aufnahmefähigkeit des Finanzmarktes für die vorgesehene Anleihe. Er setze weiter voraus, daß die Alliierten mit ihren Sachverständigen einig seien, daß diese Einigung von Dauer sein werde, und daß Deutschland die neuen Verpflichtungen loyal übernehmen werde, die zu übernehmen man von ihm verlangen werde. **Entgegen mancher Annahme habe man aber gerade in diesem Punkt Grund zu einigem Optimismus.** Die ganze Organisation des Planes beruhe auf der Kommerzialisierung und der Internationalisierung einer Schuld, an der Frankreich den größten Anteil habe. Wenn das System zu funktionieren beginne, so werde Deutschland nicht versagen können, ohne gleichzeitig die Interessen sämtlicher Länder, in denen es Geldgeber, Gläubiger habe, zu verletzen. Im übrigen sei die französische Regierung entschlossen, die Mittel in der Hand zu behalten, um sofort und jederzeit den Druck wieder aufzunehmen, den es seit zwei Jahren auf Deutschland ausübe. **Es werde Frankreich die schwere Aufgabe zufallen, eine Methode ausfindig zu machen, um die deutsche Wirtschaftsfreiheit, die der Plan vorsehe, mit der Bürgschaft seiner der Sachverständigen (Frankreichs) Hauptinteressen in Einklang zu bringen.**

„Matin" erklärt, die Sachverständigen hätten eine Zahlungsmaschine montiert, die ein bemerkenswertes Stück der Uhrmacherkunst darstelle, und an der auch nicht ein Rädchen zu fehlen scheine. **Schon morgen könne man, wenn man wolle, die Maschine in Gang setzen, und wie jede gute Maschine müsse sie nach und nach in beschleunigterem Tempo laufen, allerdings nur, wenn man, d. h. Deutschland, wolle.** Was werde Deutschland sagen, was werde Deutschland tun?

„Figaro" schreibt, nach der Beendigung der Arbeit der Sachverständigen beginne die der Staatsmänner, die die Entschließungen jener nicht nur in die allgemeine Wirtschaftslage, sondern auch in die politischen Verhältnisse einzufügen hätten. **Die entscheidende Frage sei, wie der Uebergang von dem System der lokalen Pfänder zum System der allgemeinen Garantien, die von den Sachverständigen vorgeschlagen würden, bewerkstelligt werden solle.**

Im „Populaire" steht, das Wort hätten jetzt gleichzeitig das Kabinett Marx-Stresemann und das Kabinett Poincaré. **In Paris wie in Berlin könne der nationalistische Druck den Plan der Sachverständigen zum Scheitern bringen.**

Die ersten italienischen Stimmen

Rom, 10. April. (W. T. B.)

Zum Bericht der Sachverständigen schreibt „Idea Nazionale": Die Beschlüsse der Reparationskommission sind erst nach den französischen und den deutschen Wahlen zu erwarten. Jetzt ist aber ein geeigneter Moment, um die Herabsetzung der deutschen Schuld und der alliierten Schulden zu erörtern. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Der italienische Sachverständige Pirelli bezeichnet in italienischen Blättern den Vorschlag der Sachverständigen als ein unteilbares Ganzes, das nicht teilweise angenommen werden könne. Wenn die deutschen Zahlungen 30 oder 40 Jahre kapitalisiert würden, so komme die Summe Mussolinis heraus. Als für Deutschland vorteilhaft nennt Pirelli das Bankprojekt, das Anleiheprojekt, das Teilmoratorium, ferner den Umstand, daß die vorgeschlagenen Zahlen sämtliche Zahlungen einschließen. Endlich führt er an, daß die Zahlungen nur gestiftet werden könnten, soweit die Stabilität der Valuta nicht erschüttert würde.

Der Eindruck in Washington

London, 10. April. (E. E.)

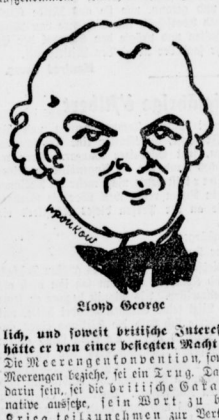
Wie aus Washington gemeldet wird, wurde gestern abend im Weißen Hause erklärt, die Vereinigten Staaten seien nicht in der Lage, zu dem Bericht der Sachverständigen offiziell Stellung zu nehmen, da die amerikanischen Vertreter nicht in offizieller Eigenschaft an den Beratungen der Sachverständigen teilgenommen hätten. **Immerhin habe man den Eindruck, daß die Pläne des General Dawes eine gesunde Grundlage für Weiterberatung bilden könnten und geeignet seien, die finanzielle und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu ermöglichen.**

Lloyd George wettert gegen den Vertrag von Lausanne

und nennt ihn demütigend, feige und unglückselig

London, 9. April. (W. T. B.)

Im Unterhause wurde heute die Debatte über Sir Edward Griggs Abänderungsantrag für die zweite Lesung des Friedensvertrages mit der Türkei wieder aufgenommen. Lloyd George erklärte, es sei ein ernstes Mißgeschick, daß die Dominions nicht in die endgültige Erörterung des Vertrags mit der Türkei eingeschlossen wurden. Der Umstand, daß in allen anderen Verträgen die englische und französische Sprache gleichgestellt wurden, während der Vertrag mit der Türkei in französischer Sprache abgefaßt wurde, sei bezeichnend für die Tatsache, **daß Großbritannien an Autorität, Einfluß und Prestige in seinen Beziehungen zu auswärtigen Mächten eingebüßt habe. Der Vertrag sei erbärmlich, und soweit britische Interessen in Betracht kommen, hätte er von einer besiegten Macht unterzeichnet sein können.**



Lloyd George

Die Meerengenkonvention, soweit sie sich auf die Freiheit der Meerengen bezieht, sei ein Trug. Das einzige, was nicht trügerisch darin sein, sei die britische Garantie, die England der Alternative aussetze, sein Wort zu brechen, oder an einem Krieg teilzunehmen zur Verteidigung derer, die England in der Stunde der Not verraten hätten. Der Vertrag sei demütigend, feige und könne auch unglückselig sein. Lloyd George bedauerte die Tatsache, daß der große Gedanke, Südanatolien an Italien zu geben, aufgegeben worden sei und drückte auch sein Bedauern über einige Griechenland berührende Bestimmungen aus.

Schnelldienst

Das am 23. Februar zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung geschlossene Abkommen über die Herabsetzung der Reparationsabgabe auf 5 Prozent ist um 2 Monate verlängert worden.

Die russischen Delegierten für die englisch-russische Konferenz sind gestern abend in London eingetroffen.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, die polnische Telegraphenagentur in ein staatliches Unternehmen umzubilden.

Infolge von Lohndifferenzen besteht bei der Berliner Straßenbahn, der Hochbahn und Autobus Streikgefahr.

König und Königin von Rumänien sind heute vormittag in Paris eingetroffen.

Der französische Senat hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, der einen Kredit von fünf Millionen für die in Rußland gefangen gehaltenen Franzosen bewilligt.

Die jugoslawische Regierung hat ihren Gesandten beauftragt, bei der rumänischen Regierung gegen die Plünderung der von den rumänischen Behörden geräumten Grenzgebiete Protest zu erheben.

Auf dem englischen Flugplatz Old Sarum sind zwei Flugzeuge abgestürzt. Beide Insassen des einen und der Führer des anderen sind tot.

Die Republikaner und der Fall Zeigner

Noch ein Landesverratsprozeß

Die politische Auswertung des Leipziger Urteils durch die Feinde der Republik hat jetzt den Republikanern die Augen darüber geöffnet, was geplant ist. Vor dem Prozeß und noch während der Verhandlung stand Zeigner ganz allein, verlassen von seiner Partei, die aus taktischen Gründen die Belastung mit diesem Namen fürchtete. Derselbe Prozeß, der mit seiner Verurteilung zu vielen Jahren Gefängnis und Ehrverlust endete, hat die Zweifel beseitigt, die unter dem Eindruck der furchtbaren Anklagen einer nationalistischen Verschwörergesellschaft auch von den politischen Freunden Zeigners lange Zeit gegen die Ehrenhaftigkeit dieses Mannes gehegt wurden. Während vorher die Sozialdemokratie ängstlich jede Gemeinschaft mit Zeigner ablehnte, haben am Montag in Dresden vier sozialdemokratische Massenversammlungen gegen das politische Tendenzurteil protestiert, das die Leipziger reaktionären Richter gegen Zeigner gefällt haben. In Berlin hat sich am Montag in den Räumen der Liga für Menschenrechte ein großer Kreis hervorragender Juristen und Politiker unter dem Vorsitz von Justizrat Dr. Werthauer mit dem Zeigner-Prozeß beschäftigt, gestützt auf die Berichte von Teilnehmern der Leipziger Gerichtsverhandlungen. Das Ergebnis der eingehenden Aussprache, an der sich politische Gegner Zeigners und vorsichtige Parteitaktiker beteiligten, war die einmütige Feststellung: Der Mensch und der Politiker Zeigner ist durch das Leipziger Urteil nicht erledigt. In Leipzig ist ein politisches Tendenzurteil gegen den von der Reaktion am bittersten gehaßten Verteidiger der Republik gefällt worden. Selbst wenn dieses Urteil juristisch unanfechtbar sein sollte, widerspricht es dem gesunden Rechtsempfinden. Zeigner ist kein heuchlerischer Mensch, der seinen persönlichen Vorteil sucht. Eine Schwäche, die — so parador es klingt — gerade seinem überfeinen Gefühl für moralische Sauberkeit entsprang, hat ihn zum Opfer eines üblen Suhjektes und damit zum Opfer einer republikfeindlichen Verschwörergesellschaft gemacht. Zeigner wäre nicht verurteilt worden, wenn er bei den Gegner der Republik ebenso wohlgelitten wäre wie etwa Dr. Hermes. Die politischen Gegner Zeigners im Richterkollegium haben zwar den Befangenheitseinwand mit der Begründung abgelehnt, es handele sich nicht um einen politischen Prozeß, sie haben aber in der Verhandlung und in der Urteilsbegründung wiederholt ihre politische Einstellung zu der Sache unverkennbar betont. Das Gutachten des Gerichtspsychiaters über Dr. Zeigner, das als Todesurteil für den Politiker Zeigner gelten konnte, greift völlig daneben, wenn es ausführt, Dr. Zeigner sei zu einer leitenden Stellung ganz ungeeignet, weil ihm jede Initiative fehle. Die kräftige Initiative, mit der Dr. Zeigner in seiner Begnadigungspraxis die Härten einer veralteten Rechtspflege ausglich und mit der er als Ministerpräsident die Republikfeinde in der Verwaltung mattsetzte, hat ihm ja gerade den erbitterten Haß der Reaktionäre eingetragen. Die erbitterten Republikaner dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie ihre tatkräftigsten Sachwalter schutzlos dem Rachefeldzug der Antirepublikaner zum Opfer fallen. Sie müssen daran denken, daß der Kampf gegen Zeigner offen unter der Parole geführt wurde: in Zeigner soll die Republik getroffen werden! Darum will man ihm auch nachträglich den Prozeß wegen Landesverrats machen. Er soll unbedingt aus dem Gefängnis ins Zuchthaus kommen.

Die Unbrauchbarkeit des Leipziger Tendenzurteils zur Vernichtung des Republikaners Zeigner wird jetzt offenbar auch von den Feinden der Republik eingesehen. Anders wäre nicht die am Dienstag früh von uns mitgeteilte Meldung der Echo-Korrespondenz über den neuen Umfall des Möbius zu verstehen. Das Leipziger Urteil konnte in keinem Falle, auch in dem mit einer barbarisch hohen Strafe belegten Falle Brandt nicht, feststellen, daß Dr. Zeigner sich durch Amtsmißbrauch bereichert habe. Möbius hatte das als Werkzeug des deutschvölkischen Anwalts Melzer (der die Anzeige gegen Dr. Zeigner erstattet hat)) und unter dem